

Sloweniens Ex-Außenminister Vajgl schließt Internationalisierung der Ortstafelfrage nicht aus

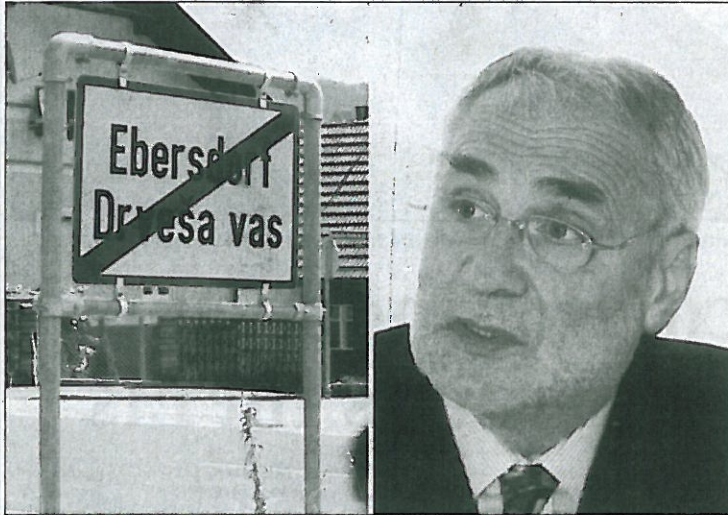
# „Österreich verstößt gegen EU-Grundrechtscharta“

■ Befassung von Kommission, EGMR und UNO möglich.  
■ Kritik an Art der Verhandlungen deckt sich mit Inzko-Kritik.

**Straßburg/Wien.** (wot/zaw) Die Kärntner Ortstafelfrage könnte demnächst auch internationale Gremien beschäftigen. Bei der seit mehr als zehn Jahren ausständigen Umsetzung eines Verfassungsgerichtsurteils für zweisprachige Ortstafeln handle es sich „mit Sicherheit“ um einen Verstoß gegen die EU-Grundrechtscharta, sagte der liberale slowenische EU-Abgeordnete und ehemalige Außenminister Ivo Vajgl. Sollte die am Freitag präsentierte Einigung daher scheitern, könnten jederzeit Grundrechtskommissarin Viviane Reding und letztlich auch der Europäische Gerichtshof mit der Angelegenheit befasst werden.

Denn entweder „muss das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit eingehalten werden“, so Vajgl, dann müssten die zweisprachigen Ortstafeln laut Verfassungsgerichtsurteil in allen Orten mit mehr als zehn Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung aufgestellt werden. „Oder es muss einen für alle akzeptablen Kompromiss geben“, verlangte Vajgl, der früher auch slowenischer Botschafter in Österreich war. Ein Kompromiss läge laut Miro Pete, Vorsitzender des Minderheitenausschusses im slowenischen Parlament, bei 15 Prozent.

Die von Staatssekretär Josef Ostermayer verkündete Einigung mit 17,5 Prozent entspricht laut Vajgl aber



Ohne eine für alle Seiten akzeptable Lösung könnte der Ortstafelkonflikt internationalisiert werden, sagt Sloweniens Ex-Außenminister Ivo Vajgl. Fotos: apa/reuters

keinem der beiden Fälle. Es sei eine „Manipulation ohne gleichen“, wenn Ostermayer eine Mehrheit im Parlament verkünde, die sich gegen die Rechte einer Minderheit richte, findet Vajgl.

## Internationalisierung als Ultima Ratio

Neben der EU-Ebene gebe es noch weitere Möglichkeiten, den Ortstafelkonflikt auf internationale Ebene zu heben, erklärte Vajgl: Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und die UNO könnten angerufen werden. Die Internationalisierung des Problems sei aber nur ein letztes Mittel und nicht anzustreben, sagte er. Vorher müssten unbedingt die Verhandlungen mit der slowenischen Minderheit in Kärnten fortgesetzt werden. Denn die bisherigen seien ein „Albtraum“ gewesen, der Druck auf die Kärntner

Slowenen „unerträglich“. Ostermayer habe „durch seine Rhetorik außerhalb des Verhandlungsraums den Druck ständig ausgebaut.“ Auch der Ratschlag des österreichischen Außenministers Michael Spindelegger aus Kairo, den so genannten Kompromiss anzunehmen, habe zur Schürung einer „Jetzt oder nie“-Stimmung beigetragen, so Vajgl. Dabei gebe es „keinen Zeitdruck“, die Zahl 17,5 Prozent sei „völlig aus der Luft gegriffen“. Die Regierung dürfe sich nicht dem „populistischen und nationalistischen Druck aus einem Bundesland“ beugen, forderte Vajgl. Selbst Äußerungen seines Freundes Bundespräsident Heinz Fischer müsse er hinterfragen. Dieser hatte erklärt, dass mit dem Kompromiss „alle Verfassungsgerichtsurteile umgesetzt“ würden. Die kritische Haltung vie-

ler slowenischer Politiker wie Vajgl entspricht weitgehend jener des Rats der Kärntner Slowenen und dessen Präsidenten Valentin Inzko. Zwar sind auch Marjan Sturm vom Zentralverband und Bernard Sadovnik von der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen nicht wirklich glücklich mit der 17,5-Prozent-Einigung, sie wollen das Ergebnis aber mittragen und umsetzen.

## Die dreigespaltene Volksgruppe

Hier wird die Zerrissenheit der Kärntner Slowenen einmal mehr deutlich. Versuche, eine gemeinsame politische Vertretung aller Mitglieder der Volksgruppe zu schaffen, scheiterten bislang, zuletzt im Frühling 2010. Daher bestehen weiterhin drei Organisationen, die sich sowohl in ihrer politischen Ausrichtung, als

auch in ihrem Verhältnis zum freiheitlichen Kärnten unterscheiden - was auch das Verhältnis untereinander erschwert.

Schon im 19. Jahrhundert bildeten die kaisertreuen katholischen Slowenen in Kärnten eine Art Gegenpol zur freiheitlich, reichsdeutsch orientierten deutschsprachigen Mehrheit. Am ehesten in dieser Tradition steht der 1949 gegründete, tendenziell christlichsoziale Rat der Kärntner Slowenen. Er ist nicht nur die größte Slowenenorganisation in Kärnten, sondern auch die kämpferischste. Das bringt ihm aber von Seiten der FPÖ auch den Vorwurf ein, gar keine Einigung erreichen zu wollen.

Wesentlich moderater ist der Zentralverband, der 1955 aus mehreren Widerstandsgruppen gegen das NS-Regime entstand. Radikale Strömungen in dem traditionell linksgerichteten Verein hat Langzeit-Obmann Sturm erfolgreich eingebremst, was sogar einen Dialog mit dem Kärntner Heimatdienst ermöglichte. Das wiederum hatte zur Folge, dass dessen Obmann Josef Feldner vom erklärten Gegner zum Befürworter zweisprachiger Ortstafeln wurde.

Der dritte, kleinste und jüngste Verband ist die Gemeinschaft der Kärntner Slowenen. Sie wurde 2003 von Sadovnik gegründet, der sich als Obmann des Rats ob seiner Dialogbereitschaft unbeliebt machte. Die Gemeinschaft fährt einen sehr konsensorientierten Kurs - manchen zu konsensorientiert, weshalb sie die Gemeinschaft als slowenisches Feigenblatt der Kärntner Freiheitlichen sehen. ■